

Europa denkt mehrsprachig

Deutsche und französische Kulturwissenschaften im Dialog

Internationaler Kongress am 23. und 24. Januar 2004
Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

ERIKA MURSA / NICOLE REINHARDT*

Nutzen und Nachteile der sprachlichen Vielfalt in Europa, speziell in den Kulturwissenschaften, waren Thema eines internationalen Kongresses, der am 23. und 24. Januar 2004 in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften stattfand. Die von der DVA-Stiftung und der Robert Bosch Stiftung, beide Stuttgart, initiierte Tagung wurde vom Deutsch-Französischen Institut, Ludwigsburg, in enger Kooperation mit der Maison des Sciences de l'Homme, Paris, vorbereitet. Die Schirmherrschaft hatte der Deutsch-Französische Kulturrat übernommen. 160 Teilnehmer verfolgten an den beiden Tagen Vorträge und Diskussionen, die sich, ausgehend vom deutsch-französischen Beispiel, mit der Frage des Lehrens und Schreibens in der Landessprache, mit Mehrsprachigkeit und Übersetzen in Lehre und Forschung und dem einschlägigen Status quo in europäischen Forschungsnetzwerken beschäftigten. Die Beiträge des Kongresses werden voraussichtlich in einem Sammelband veröffentlicht.

Nicht als lästiges Hemmnis, sondern als Ausdruck und Quelle kulturellen und intellektuellen Reichtums und damit als wertvolle Ressource sei die sprachliche Vielfalt in Europa zu werten und zu erhalten, dies war die

einmütige Botschaft der politischen Vertreter bei der Eröffnungsveranstaltung im Leibniz-Saal der Berlin-Brandenburgischen Akademie. François Scheer, Ambassadeur de France und Kuratoriumsvorsitzender der DVA-Stiftung, wies darauf hin, dass selbst der Dialog zwischen deutschen und französischen Kulturwissenschaften trotz langjähriger Bemühungen wegen mangelnder Sprachkenntnisse und einem unzulänglichen Netz an Übersetzungen auf der Stelle trete. Ein dichter Transfer sei jedoch unerlässlich, damit die kulturelle Einheit Europas zugleich Basis für eine Gemeinschaft der Werte wird. Jutta Limbach, Präsidentin des Goethe-Instituts, griff diesen Gedanken auf und regte an, Konzepte für die kulturelle Verständigung zu finden. Dabei sei Mehrsprachigkeit eines der ersten Bildungsziele, um die Bürger tolerant und europatüchtig zu machen. Auch bei dieser Aufgabe komme Frankreich und Deutschland hohe Verantwortung zu, erklärte die französische Europaministerin Noëlle Lenoir, zugleich Beauftragte für die deutsch-französische Zusammenarbeit. Vordringlich seien eine dichtere Zusammenarbeit zwischen Universitäten und Forschungseinrichtungen beider Länder sowie verstärkte Maßnahmen zum Erlernen der Partnersprachen.

* Dr. Erika Mursa, DVA-Stiftung, Stuttgart (Eröffnungsveranstaltung, Sektion 1, Schlusspodium); Dr. Nicole Reinhardt, Maison des Sciences de l'Homme, Paris (Sektion 2 und 3).

„Eine Kultur – viele Sprachen. Zur Identität Europas“ hatte Wolfgang Frühwald, Präsident der Alexander von Humboldt-Stiftung, seinen Eröffnungsvortrag überschrieben. Er betonte, dass die Einheit der europäischen Kultur nicht auf zentralistische Strömungen in ihrer Geschichte zurückzuführen sei, sondern dass vielmehr die babylonische Verwirrung der Sprachen am Anfang aller Kulturen stand. Für die Entstehung eines Gemeinwesens sei jeweils eine gemeinsame Sprache erforderlich, die zugleich Einheit („Paradies“) und Abgrenzung nach außen („Babel“) bedeute. Sprachwissenschaftler vergleichen diesen Gegensatz auf der einen Seite mit der historischen Gestalt des „Mithridates“, des polyglotten, kriegerischen Königs, der alle 22 Sprachen der von ihm beherrschten Völker gesprochen haben soll, und auf der anderen Seite mit dem imperialen und sprachimperialistisch vorgehenden „Rom“. Ein Überleben der europäischen Hochkulturen hält Frühwald unter Bezug auf einen Titel von Jürgen Trabant nur dann für möglich, wenn „Mithridates im Paradies“ leben kann, also innerhalb der politischen und wirtschaftlichen Einheit Europas der Reichtum aller Sprachen und Kulturen erhalten bleibt.

Gefährdet sei dieses sprachlich-kulturelle Überleben durch die globale Anglisierung im Zusammenspiel mit der scheinbar unaufhaltsamen Macht des Marktes. Deutsch vermag hier offenbar nicht mehr als Sprache für innovative Produkte und Leistungen zu taugen. Zudem können auch bestimmte wissenschaftliche Begriffe und Methoden (in den Bio- und Naturwissenschaften, in den Sozialwissenschaften) nicht mehr auf Deutsch beschrieben werden. Nationalsprachen laufen so Gefahr, auf eine private „Küchensprache“ reduziert zu werden und damit ihre funktionale Variationsbreite zu verlieren, die sie sich einst im Gefolge der Auseinandersetzung mit dem scholastisch erstarrten Latein und seiner Zurückdrängung erworben hatten und die letztlich zu geistiger Befreiung, zu wis-

senschaftlichem, politischem und kulturellem Fortschritt geführt hatte.

Sektion 1: „Lehren und Veröffentlichen in der Landessprache: notwendige Grundlage oder Relikt?“

Leitung: Etienne François, (Univ. Paris I/TU Berlin)

Eingeleitet wurden die Sektionen jeweils durch das Impulsreferat eines französischen und eines deutschen Referenten. Maurice Aymard, Administrateur der Maison des Sciences de l'Homme, Paris, verwies auf die Praxis in der MSH, wo in 15 Sprachen gesprochen und geschrieben wird. Diese Sprachgrenzen werden erstens durch Übersetzungen überschritten, zweitens werden die Ergebnisse auf Englisch in großen ausländischen Fachzeitschriften publiziert. Bei internationalen Arbeitstreffen habe sich überwiegend das Englische als gemeinsames Kommunikationsmittel etabliert, weshalb fließende (mündliche) Englischkenntnisse für jeden Geistes- und Sozialwissenschaftler, der sich nicht aus der internationalen Fachdiskussion ausschließen will, unabdingbar seien. Allerdings führe diese irreversible Dominanz des Englischen auch zunehmend zu Ungleichgewichten in der Verbreitung von Ideen und damit im internationalen Ansehen der Forscher: So werden in den USA nur englischsprachige Publikationen wahrgenommen; bei Übersetzungen aus anderen Sprachen werden Originaltitel, ursprünglicher Erscheinungsort und Datum nicht genannt. Aymard wies darauf hin, dass eine gemeinsame Sprache auch Verständigung vortäuschen könne, da tiefere Schichten des Verständnisses unerschlossen bleiben. Daher wäre es für die Geistes- und Sozialwissenschaften als Verlust zu verbuchen, wenn sich das Englische als alleinige Wissenschaftssprache durchsetze.

„Welchen Stellenwert hat Publizieren, Unterrichten und Schreiben in der Landes-

sprache in der schönen neuen Zeit der Globalisierung?“), lautete die provokative Frage von Jürgen Trabant, FU Berlin. In der Lehre sei zu beobachten, dass auch in den Naturwissenschaften (letztlich wegen unzulänglicher Sprachkenntnisse) bislang selten auf Englisch unterrichtet wird. Denn wirkliche Elite ist man als Lehrer nur da, wo man über die gesamte Fülle der (mutter-)sprachlichen Ausdrucksmöglichkeiten verfügt, meinte Trabant und führte dies in seinem rhetorisch mitreißenden Vortrag beispielhaft vor. Wissenschaftliche (mündliche) Lehre enthalte die zwei Dimensionen des Sprechens, die sach- und weltbezogene (semantische) einerseits und die partnerbezogene (pragmatische) andererseits. Dieses Sprechen über schwierige neue Gegenstände sollte die besten Kommunikationsmöglichkeiten nutzen und keine zusätzliche sprachliche Hürde aufbauen. Eine andere Funktion habe das ganz auf den Gegenstand konzentrierte wissenschaftliche Schreiben, dessen Adressat potenziell die ganze Menschheit ist. Hier greifen vor allem die Naturwissenschaften gerne auf globales zurück, um das zuvor im Experiment Beobachtete zu protokollieren. Bei den Kulturwissenschaften, wo es nicht um „Sachen“, sondern um Texte und Zeichen und um deren Fortschreiben in Interpretationen und Kommentaren geht, ist Schreiben nicht Protokollieren eines zuvor (sprachlos) Erforschten, sondern wissenschaftliche Forschung selbst. Das dabei verwendete Instrument, die Sprache, muss hier bestmöglich, in seiner gesamten Variationsbreite zur Verfügung stehen – in der Regel die Landessprache. Mit dieser sprachlichen Gebundenheit entsteht das kommunikative Problem des Kulturwissenschaftlers, der weltweit verstanden werden will. Einen Ausweg bietet nur das Übersetzen, weshalb ein großzügiges nationales Förderprogramm für den Export der Forschung dringend erforderlich sei.

Mit der Wirkung der Sprache auf das Denken beschäftigte sich Walter Krämer (Verein

für deutsche Sprache) und erklärte, dass wissenschaftliche Zweitklassigkeit entstehe, wenn statt der für kreatives Forschen unerlässlichen Muttersprache ein Pidgin-Idiom verwendet wird. Deshalb und auch wegen der „Bringschuld“ der Wissenschaftler gegenüber der eigenen Sprachgemeinschaft (die zugleich Finanzier ist) sollte Spitzenforschung zunächst in der Muttersprache erfolgen und danach erst der internationalen Gemeinschaft auf Englisch bekannt gemacht werden.

Antoine Compagnon, Univ. Paris IV, der französische Literaturwissenschaften an einer amerikanischen Universität lehrte, unterstrich, dass Literatur (in Forschung und Lehre) nicht von der jeweiligen Sprache getrennt werden könne. Gegen diese Überzeugung und unter dem Druck der amerikanischen Verhältnisse – immer weniger Studenten nahmen wegen mangelnder Sprachkenntnisse an seinen Veranstaltungen teil – habe er schließlich französische Literatur auf Englisch und auf der Grundlage englischer Übersetzungen gelehrt, eine Praxis, die von den in den USA lehrenden Germanisten schon seit längerem und fast flächendeckend geübt werde. Erkennbar resignativ formuliert er das Minimalziel, dass fremdsprachige Literatur zumindest im Original gelesen werden sollte.

Manfred Nießen, Vertreter der Deutschen Forschungsgemeinschaft, erläuterte, dass die DFG bei ihrer Förderpraxis auf größtmögliche Dissemination der Forschungsergebnisse achten müsse und daher, dem Beispiel der Psychologie folgend, in weiteren Fächern zunehmend keine deutschsprachigen Publikationen mehr fördern werde. Als gegenläufige Tendenz zum universellen Englisch nannte er deutsch-italienisch-französische Forschernetzwerke sowie Empfehlungen des European Research Council zum Erhalt der Diversität der Sprachen. Denn die jeweils verwendete Sprache habe durchaus Implikationen dafür, welche Ideen auf dem

Hintergrund welcher sozialen und kulturellen Gegebenheiten zum Tragen kommen.

Diese Idee griff Gesine Schwan, Präsidentin der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder, auf und unterstrich, dass wissenschaftliche Fragestellungen in einem bestimmten soziokulturellen Milieu entstehen. Eine vereinheitlichte Sprache berge die Gefahr, dass mit ihr Fragestellungen übernommen werden, die für den eigenen Kontext weniger relevant sind. Damit könnte eine Amerikanisierung den europäischen Standortvorteil in den Kulturwissenschaften zerstören. Um aus dem europäischen Reichtum der Mehrkulturalität schöpfen zu können, müssten in den Geistes- und Sozialwissenschaften zumindest die rezeptive Sprachfähigkeit gestärkt und Experimente zur Einübung von Mehrsprachigkeit in der Lehre zugelassen werden, die eine Konfrontation von Wissenschaftskulturen ermöglicht.

Jack Lang, ehemaliger französischer Kulturminister, wies in einem kulturpolitischen Ausblick vor Beginn der Sektion 2 darauf hin, dass die emotionale Haltung gegenüber Europa nicht mit der politischen Wirklichkeit Schritt halte. Um Europa die fehlende Seele einzuhauchen, müsse endlich ein Europa der Kultur geschaffen werden. Mit diesem Ziel plädierte er für eine radikale Politik zugunsten der Mehrsprachigkeit, für das Erlernen von zwei lebenden Fremdsprachen ab dem jüngsten Alter, für mehrmonatige Aufenthalte von Schülern im fremdsprachigen Ausland, für eine Vervielfachung universitärer Kooperationen und Mobilitätsstipendien für Studierende. Jack Lang forderte zudem die Schaffung einer „Deutsch-Französischen Föderation“, in der sich alle kulturellen und politischen Einrichtungen beider Länder eng zusammenschließen sollten.

Sektion 2: Mehrsprachigkeit und Übersetzen: Behinderung, Vergeudung, intellektueller Mehrwert?

Leitung: Albert Hamm, (DFH/UFA, Saarbrücken)

Gerhard Stickel, Institut für Deutsche Sprache, Mannheim, erläuterte in seinem Impulsreferat zunächst die linguistische Unterscheidung zwischen Multilinguismus und Plurilinguismus. Während mit Multilinguismus der Zustand von Gesellschaften und Territorien gemeint ist, in denen mehrere Sprachen gesprochen werden (Schweiz, Belgien), bezeichnet Plurilinguismus individuelle Vielsprachigkeit. Ein multilingualer Raum sei die Europäische Union, die den Schutz aller Sprachen festschreibt, indem sich in ihren Institutionen die Vertreter der verschiedenen Staaten muttersprachlich ausdrücken können. Um die Kommunikation zwischen den Mitgliedern zu gewährleisten, setzt die EU erhebliche Mittel für Dolmetschen und Übersetzen der gesamten schriftlichen Produktion ein. Dieser Aufwand beansprucht derzeit 0,8 Prozent der Haushaltsmittel (circa 500 Millionen Euro) und wird mit der EU-Erweiterung erheblich wachsen. Für die multilinguale Realität Europas wäre eine Kostensenkung nur zum Preis der Reduktion auf einige Hauptsprachen möglich, was sich kaum mit dem politischen Grundprinzip der Gleichstellung und Bewahrung des europäischen multikulturellen Erbes verbinden ließe. Konsequente Zweisprachigkeit (zum Beispiel plus Englisch für alle Mitglieder der Union) kann zwar den Übersetzungsaufwand reduzieren, birgt aber die Gefahr der Verarmung der Einzelsprachen, wie es sich stellenweise bereits beobachten lässt: Die Nationalsprache wird zugunsten des Englischen als Wissenschaftssprache aufgegeben und ihre Kompetenz damit auf Familie, Freizeit und Folklore (die 3 F) reduziert.

Jean-Pierre Grossein, CNRS/EHESS, Marseille, verwies darauf, dass Übersetzungen eine Vertiefung des Verständnisses erzeugen.

Dies gelte im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften sowohl für die Übersetzung von Werken innerhalb eines Kulturräumens und besonders für die Übersetzung zwischen verschiedenen Kulturräumen. So werde die Alterität des Deutschen und seines spezifischen geistigen Bezugsrahmens zur größten Hürde der Übersetzungstätigkeit ins Französische. *Grossein* zeigte dies an Beispielen der Übersetzung aus dem Deutschen nach 1871. Die Beschäftigung mit deutschen Autoren der Geistes- und Sozialwissenschaften war zunächst getragen von dem Gedanken der Revanche auf der Grundlage der besseren Kenntnis des „Gegners“. Am Beispiel *Max Webers*, von dem 1959 das erste Werk ins Französische übersetzt wurde, zeigte *Grossein*, dass auch die unterschiedliche konfessionelle Aufladung von Begriffen im Deutschen und Französischen Schwierigkeiten bei der Übersetzung bereitet, so dass die Alterität von Konzepten durch kreative sprachliche Neuschöpfungen deutlich gemacht werden muss. Die Übersetzungstätigkeit wird in diesem Sinne zu einer komparativen Forschungstätigkeit, letztlich zu einem Zweig der Grundlagenforschung in den Geistes- und Sozialwissenschaften.

Eric Vigne, verantwortlich für den Bereich Philosophie bei den *Éditions Gallimard*, sieht den Verleger vor allem als „*commerçant d'idées*“. In Frankreich scheint es ausschlaggebend zu sein, dass der übersetzte Autor in einen französischen Diskussionskontext eingeordnet werden kann. Dies geschieht zum Beispiel über einen veränderten Titel, der französische Diskussionshorizonte evoziert oder aber dadurch, dass das *Ceuvre* in einen bereits vorhandenen Diskussionsrahmen passt.

Bernd Stiegler, Lektor Geisteswissenschaften, Suhrkamp Verlag, setzte den Akzent auf die vom übersetzten Werk ausgehende Alteritätserfahrung. Nicht so sehr Eingliederung in schon Bekanntes, als vielmehr die Erfahrung der Fremdheit, auch die der eigenen

Kultur, sei das Charakteristische am Übersetzen. Am Beispiel der Werkübersetzung wichtiger Vertreter der französischen zeitgenössischen Philosophie führte er aus, wie über den französischen Import die deutsche Philosophie, aus der viele französische Philosophen schöpfen, neu gelesen werden kann. So entsteht ein eigentümlicher Dialog, wodurch in Deutschland ein „Nietzsche aus Frankreich“ neue Akzente setzt.

Jadja Wolf, Übersetzerin, ging in ihren Ausführungen vor allem auf die vom Sektionstitel suggerierte „Wirtschaftlichkeitsfrage“ des Übersetzens ein. Der „geistige Mehrwert“, der nicht nur für den Übersetzer, sondern auch für den Leser der Übersetzung entsteht, läuft so Gefahr, auf rein ökonomische Rentabilitätsargumente reduziert zu werden.

Hans-Joachim Meyer, HU Berlin, verwies auf den Unterschied zwischen einer *lingua franca* als Verkehrssprache und der natürlichen Sprache. Die Verkehrssprache dient in der Regel nicht der Formulierung von Begriffen, sondern entlehnt Texttypen und rhetorische Strategien. Angesichts der steigenden Rolle der Wissenschaften für das Alltagsleben unterstrich er die Bedeutung der Übersetzung wissenschaftlicher Begriffe in den gesellschaftlichen Diskurs.

Sektion 3: Ein- oder Mehrsprachigkeit in europäischen Netzwerken?

Leitung: Hinnerk Bruhns, (CNRS/FMSH, Paris)

Alain Supiot, MSH, Nantes, stellte die normative Kraft der Sprache, die so menschliche Freiheit wesentlich mitbestimmt, in das Zentrum seiner Überlegungen. Daher sei die Frage, ob in der EU nur eine Sprache für Rechtstexte gelten soll, von höchster Bedeutung. Denn unterschiedliche Begriffe verweisen hier auf unterschiedliche Realitäten und historische Rechtsentwicklungen. Dies gilt für die fundamentale Trennung zwischen dem

angelsächsischen Rechtsdenken des „common law“ und jenem des Kontinents, das bis heute auf der Basis des Römischen Rechts ruht und so zwischen „droit/loi“, „ius/lex“, „Recht/Gesetz“ unterscheidet, wofür im Englischen nur der Begriff „law“ zur Verfügung steht. Die Reduzierung auf eine Sprache würde hier zu erheblichen Verzerrungen beziehungsweise zu einer Aushöhlung des Rechts selbst führen. Die Setzung von Normen durch die Verordnung von Sprachen und die damit entstehenden Schwierigkeiten zeigte er auch am Beispiel der kolonisierten Länder, die mit der Sprache eine Rechtsnorm übernehmen mussten, die nicht aus ihrer sozialen und historischen Realität erwachsen war. Innerhalb der EU plädierte Supiot auf diesem Gebiet für die Beibehaltung von (ausgewählter) Mehrsprachigkeit, die sich im Wesentlichen an den drei vorhandenen Rechtstraditionen (Großbritannien, Frankreich, Deutschland) orientiert.

Jürgen Kocka, Wissenschaftszentrum, Berlin, berichtete über praktische Erfahrungen in Forschungsnetzwerken mit jeweils unterschiedlichen Vorgehensweisen. Eine internationale Arbeitsgruppe zur Geschichte des Bürgertums wählte als Arbeitssprache das Deutsche und damit die einschlägigen Begriffsdefinitionen. Dabei wurde deutlich, dass die Wahl der Sprache keine bloße Form ist, sondern die Fragestellungen und damit die Ergebnisse beeinflusst. In diesem Fall führte die Reduzierung auf eine Arbeitssprache zu einer Vertiefung der Diskussion, da die Begriffe und somit das Forschungsobjekt vorab festgelegt waren. Die Arbeit am WZB hingegen erfordere vielfach den Rückgriff auf das Englische als Kommunikationssprache. Mit dieser Tendenz zur Einsprachigkeit gehe die Verdrängung starker sozialwissenschaftlicher Traditionen, eine auferlegte Selektivität des Denkens als Folge uniformierender Kategorisierungen und eine Verschleifung von regionalen und kulturellen Feinunterschieden einher. Dagegen biete

eine gemeinsame, zur Grenzüberwindung fähige Sprache aber auch wichtige Vorteile, die Kocka mit Ernüchterung, Entprovinzialisierung und Möglichkeit zum komparatistischen Arbeiten bezeichnete. Eine Einigung auf das Englische in großen Forschungsgruppen sei eine Bereicherung, die Kommunikation, auch über den europäischen Kontext hinaus, erst ermögliche. Zahlreiche „kleine Sprachen“ (Niederländisch, Schwedisch) betreiben inzwischen eine Verlagerung der Wissenschaftssprache ins Englische, um sich damit zum Teil sehr erfolgreich in die internationale Diskussion einzuschalten.

Laurence Fontaine und Ingeborg Jostock berichteten über das Europäische Hochschulinstitut Florenz (EUI) aus Sicht der Lehrenden (Fontaine) und der Doktoranden (Jostock). Alle Bereiche dieser Hochschule (Politologie, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften) arbeiten ausschließlich auf Englisch, mit Ausnahme von Geschichte, wo auch Französisch als Unterrichtssprache erlaubt ist. Dissertationen am EUI können zwar in allen Sprachen der EU eingereicht werden, in der Praxis überwiegt aber eindeutig das Englische. Dabei schreiben deutsche Doktoranden größtenteils nicht in ihrer Muttersprache (70 Prozent), während über 70 Prozent der französischen Doktoranden ihre Dissertation auf Französisch abfassen.

Patrick Fridenson, EHESS, Paris, schilderte Erfahrungen aus einem deutsch-französischen Netzwerk zur Sozialgeschichte. Die Kenntnis der jeweils anderen Sprache ist hier kein ausschlaggebendes Kriterium für die Teilnahme, zur Verständigung werden Kurzsümmen angefertigt. Dieses seit zwei Jahrzehnten bestehende Netzwerk hat zu einem dauerhaften Austausch geführt, der sich in „cotutelles“, Veröffentlichungen und Buchankäufen für die Fachbibliotheken niederschlägt.

Peter Fisch, Europäische Kommission, Brüssel, berichtete über die Forschungsförderung der EU für europäische Forschungsprojekte politikbezogener Geistes- und Sozialwissenschaften, wofür seit 1994 circa 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Obwohl Anträge in allen Sprachen der EU zugelassen sind, werden 97 Prozent auf Englisch abgefasst. Denn es ist bekannt, dass die Evaluierungskommission auf Englisch berät und ihre Berichte auf Englisch verfasst.

Katja Mruck, FU Berlin, stellte ein Projekt zur qualitativen Sozialforschung vor, das Beiträge kostenfrei per Internet zur Verfügung stellt. Alle Texte, die von einem wissenschaftlichen Komitee ausgewählt werden, werden ins Deutsche, Englische und Spanische übersetzt. Da jede Verwendung angezeigt werden muss, lässt sich die weltweite Rezeption, selbst in Japan und China, nachweisen.

Hans-Jürgen Lüsebrink, Univ. Saarbrücken, machte darauf aufmerksam, dass je nach Thema unterschiedliche europäische Sprachen zur Kommunikationssprache werden können wie zum Beispiel Italienisch in der Kunstgeschichte. Die Mehrsprachigkeit des Forschers ist nach Lüsebrink konstitutiv für sein wissenschaftliches Vorgehen und die Konstituierung seines Gegenstandsbereiches im internationalen Austausch. Sie wird damit zu einem wesentlichen Element für wissenschaftliche Innovation.

Schlusspodium

Mehrsprachigkeit in den Wissenschaften als intellektueller Mehrwert wurde im Laufe des Kongresses mehrfach bestätigt. Fritz Nies, Univ. Düsseldorf, der Initiator dieser Veranstaltung war, stellte daher das Schlusspodium unter die Leitfrage „Was ist dafür zu tun, warum und wie?“ Insbesondere forderte er nach der Berichterstattung zu den drei Sektionen die anwesenden Vertreter der großen Wissenschaftsinstitutionen auf, neue bilaterale Projekte zur Förderung von Mehr-

sprachigkeit und Übersetzen in den Wissenschaften zu entwerfen, die den Weg für Europäisches bereiten könnten.

Konrad Ehlich, Univ. München, fasste seine Anregungen in Stichworten zusammen: 1. Berücksichtigung der jeweiligen Vermittlungssituation (zum Beispiel Lehre in den Philologien in den Bezugssprachen). 2. Förderung der Mehrsprachigkeit im Sinne aktiver und passiver Kompetenz, um die Begegnung der Wissenschaftskulturen zu ermöglichen. 3. Bessere Präsentation der Leistungsfähigkeit der europäischen Wissenschaften. 4. Einrichtung neuer Instrumente wie ein Europäischer Zitate- und Publikationsindex. 5. Förderung wissenschaftlichen Übersetzens, Ermutigung zur Publikation in anderen Wissenschaftssprachen. 6. Verbesserung der fremdsprachlichen Voraussetzungen in der Schule. 7. Nutzung dieser Voraussetzungen für eine differenzierte wissenschaftssprachliche Ausbildung. 8. Förderung der Untersuchung, was Wissenschaftssprachen leisten. Zudem könnte die EU mit einem breiten Programm zur Förderung der Sprachkenntnisse bei Wissenschaftlern mit geringem finanziellem Einsatz große Effekte erzielen.

Heinz Wismann, EHESS, formulierte als Schlussfolgerung aus Sektion 2, dass jegliche wissenschaftliche Erkenntnis, die in künstlichen symbolisierten Sprachen formuliert wurde, stets der Rückübersetzung in die natürliche Sprache bedarf, in der die Begründetheit dieser Erkenntnis überprüft werden muss. Die Illusion von einer einzigen, universellen, formalisierten Sprache für die intellektuelle Kommunikation, die ohne eine solche kritische Befragung auskomme, sei auszuschließen. Frank Baasner, Deutsch-Französisches Institut, beschloss sein Resümee zu Sektion 3 mit folgenden politischen Empfehlungen: 1. Die bilaterale deutsch-französische Ebene, wo sich langjährige Investitionen lohnend in gut funktionierenden Strukturen niedergeschlagen haben, gelte es

weiter zu pflegen. 2. In Europa sei zwischen Binnenaktionen und Aktionen nach außen zu unterscheiden; es gelte, mit gutem Englisch in den einschlägigen Kanälen präsent zu sein. 3. Sprachen, Kultur und Forschung sollten in Europa zur Gemeinschaftsaufgabe gemacht und nicht wie bisher in den Ergänzungsbereich abgeschoben werden. Er forderte ein Infrastrukturprogramm für Köpfe.

Ulrich Grothus, DAAD, hält angesichts des regen innereuropäischen Wissenschaftler-austausches eine „apokalyptische Sichtweise“ von der Amerikanisierung der europäischen Geistes- und Sozialwissenschaften für nicht gerechtfertigt. – Englischsprachige Studiengänge (in Deutschland derzeit 250 von insgesamt 11 000) seien vor allem bei Aufbaustudien erforderlich, um auf dem internationalen Bildungsmarkt mitspielen zu können. Dies bedeute nicht, dass Englisch auf absehbare Zeit in Deutschland zur Unterrichtssprache werde. – Das von Goethe-Institut und DAAD unterstützte deutsch-französische Übersetzungsprogramm sollte auch auf andere Sprachpaare ausdehnt werden, die es nötiger haben.

Wolfgang Bader, Goethe-Institut, wies darauf hin, dass der epistemologische Konsens über die Bedeutung der Mehrsprachigkeit nichts nütze, wenn er die Sprachenwahl von Schülern nicht beeinflusse. Er forderte, die Effizienz der vorhandenen Instrumente zu überprüfen und eine Stärke-Schwächen-Analyse der Funktion des Englischen als Vehikelsprache vorzunehmen. Das Übersetzerprogramm seines Instituts (Gesamtvolumen

600 000 Euro) privilegiere Übersetzungen ins Französische (Zusammenarbeit mit MSH).

Bernard Borghino, Centre National du Livre, berichtete über die Förderpolitik seiner dem Kulturministerium unterstellten Institution, die im Unterschied zum Goethe-Institut beide Übersetzungsrichtungen, also aus dem Französischen in alle Sprachen (an erster Stelle ins Spanische) ebenso wie ins Französische unterstützt. Damit stellen für die Verleger Übersetzungskosten kein Publikationshindernis dar.

Alain Peyraube, Ministère de la recherche, Paris, nannte als Antwort auf die Eingangsfragen von Fritz Nies drei Programmschwerpunkte seines Hauses, die alle eine spezifisch deutsch-französische Orientierung erhalten könnten: 1. Die Möglichkeiten der Computer-Übersetzung werden weiter erforscht. 2. Für ein großes Projekt mit dem Titel „Traduire, interpréter, transmettre“ unter dem Leitgedanken der „interdisciplinarité en sciences humaines et sociales“ werden mehr als vier Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Sofern die DFG zur Kooperation bereit sei, könne man hier ein besonderes Budget für deutsch-französische Übersetzungen vorsehen. 3. Ein Europäischer Zitations-Index in den Geistes- und Sozialwissenschaften sollte geschaffen werden, der die wichtigen wissenschaftlichen Zeitschriften Europas berücksichtigt, die der dominierende Arts and Humanities Citation Index (Philadelphia) außer Acht lässt. Auch hierzu warb er um Unterstützung von deutscher Seite.